

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5677

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5677



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
15. Mai 2026

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Genug des Missbrauchs

Schluss mit dem gigantischen Asylbetrug

von Andreas Glarner, Nationalrat und Unternehmer, Oberwil-Lieli AG

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition. Wer politisch verfolgt wird, wer vor Krieg, Terror oder Folter flieht, soll Schutz erhalten. Dieses Prinzip gehört zu unserem Rechtsstaat und zu unserer Geschichte. Aber ebenso klar gilt: Das Asylrecht wurde nicht geschaffen als Einwanderungsmodell für Menschen ohne Schutzgrund, nicht als Einladung in unsere Sozialwerke und schon gar nicht als Freipass für Kriminalität oder Integrationsverweigerung.

Genau hier liegt heute das Problem. Das Schweizer Asylsystem wird zunehmend überlastet – nicht nur durch echte Flüchtlinge, sondern durch einen massiven Missbrauch. Tausende Menschen reisen ohne gültige Papiere ein, stellen Asylgesuche trotz fehlender Anerkennungschancen und bleiben danach oft jahrelang im Land.

Viele verschwinden im System, tauchen unter oder belasten dauerhaft Sozialhilfe, Sicherheitsapparat und Gemeinden.

Es wird unbezahlbar

Die Leidtragenden sind am Ende die Steuerzahler, die Gemeinden, die Schulen – und auch jene echten Flüchtlinge, die tatsächlich Schutz benötigen. Denn ein System, das Missbrauch toleriert, verliert die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die entscheidende Frage lautet deshalb: Wie bringt die Schweiz wieder Ordnung ins Asylwesen?

Endlich Ordnung schaffen!

Erstens braucht es eine konsequente Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Wirtschaftsmigranten. Wer keinen Asylgrund hat, muss das Land wieder verlassen. Heute geschieht genau das viel zu selten. Wegweisungen scheitern an fehlenden Papieren, politischen Widerständen oder mangelndem Vollzug.

Das Resultat ist fatal: Wer einmal hier ist, bleibt oft dauerhaft – unabhängig vom Entscheid. Damit verliert das Asylrecht seine Glaubwürdigkeit. Deshalb ist die Idee der Transitzone entlang der Grenzen so bestechend: Man kommt in eine definierte Zone – und wer kein Asyl erhält, muss ins Nachbarland zurück – ganz einfach.

Die Schweiz muss deshalb den Vollzug massiv verschärfen. Wer rechtskräftig abgewiesen wurde, darf nicht jahrelang alimentiert werden. Nothilfe statt Sozialhilfe muss konsequent durchgesetzt werden. Staaten, die ihre Staatsangehörigen nicht zurücknehmen, müssen unter Druck gesetzt werden – etwa durch Einschränkungen bei Visa, Entwicklungshilfe oder wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Wer kriminell ist, fliegt raus!

Zweitens muss Kriminalität endlich klare Konsequenzen haben. Wer in unserem Land Schutz erhält und gleichzeitig Straftaten begeht, verwirkt dieses Gastrecht. Das gilt insbesondere bei Gewalt-, Sexual-, Drogen- oder Wiederholungsdelikten. Die Bevölkerung versteht zu Recht nicht, weshalb ausländische Straftäter trotz Verurteilungen oft jahrelang in der Schweiz bleiben können.

Ein Rechtsstaat darf nicht naiv sein. Gastrecht ist an Bedingungen geknüpft. Wer unsere Gesetze missachtet, unsere Sicherheit gefährdet oder sich bewusst jeder Integration verweigert, zeigt, dass er dieses Gastrecht nicht respektiert.

Integration durch Sprache

Drittens braucht es endlich eine ehrliche Integrationsdebatte. Integration bedeutet nicht bloss Anwesenheit. Integration bedeutet Sprache lernen, arbeiten wollen, unsere Gesetze respektieren und sich in unsere Gesellschaft einfügen. Wer über Jahre keinerlei Integrationswillen zeigt, keine Landessprache lernt, jede Arbeit ablehnt und vollständig von Sozialleistungen lebt, kann nicht dauerhaft mit einem Bleiberecht rechnen.

Gerade hier hat die Politik zu lange weggeschaut. Aus Angst vor Kritik wurde jede Diskussion moralisiert. Doch die Bevölkerung erlebt die Realität täglich: überforderte Schulen, steigende Sozialkosten, Parallelgesellschaften und Sicherheitsprobleme in gewissen Quartieren. Wer diese Probleme anspricht, ist nicht «unmenschlich», sondern benennt die Sorgen vieler Bürger.

Natürlich gibt es integrierte Migranten, die arbeiten, Verantwortung übernehmen und sich an unsere Regeln halten. Diese Menschen verdienen Respekt. Aber genau deshalb darf man die Probleme nicht beschönigen. Denn mangelnde Konsequenz schadet letztlich auch jenen Ausländern, die sich korrekt verhalten.

Schluss mit sozialer Hängematte

Viertens muss das Prinzip «Arbeit vor Sozialhilfe» wieder gelten. Die Schweiz darf kein Anreizsystem für Sozialmigration sein. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Wer dauerhaft

Leistungen bezieht, obwohl Möglichkeiten bestehen, sich selbst zu versorgen, untergräbt die Solidarität unseres Sozialstaates.

Der Sozialstaat funktioniert nur, wenn Leistung und Gegenleistung in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Wenn die Bevölkerung den Eindruck erhält, dass andere dauerhaft von ihren Steuern leben, ohne sich anzustrengen, schwindet die Akzeptanz. Wenn jemand, der mit dem Boot zu uns gekommen ist, ohne Arbeit mehr erhält als einer, der während 47 Jahren bis zum Erlangen des AHV-Alters gearbeitet hat, läuft etwas schief. Genau diese Entwicklung ist brandgefährlich.

Weg mit den «Höselern»

Schliesslich braucht es auch politischen Mut. Zu lange haben Behörden und Teile der Politik Probleme relativiert oder statistisch versteckt. Doch die Realität lässt sich nicht ewig wegdiskutieren. Steigende Asylzahlen, hohe Kosten, Integrationsprobleme und importierte Kriminalität beschäftigen die Menschen im Alltag – nicht nur in der Politik. Bundesrat Beat Jans muss nun endlich handeln – oder gehen!

Humanität und Härte schliessen sich nicht aus. Im Gegenteil: Nur ein System mit klaren Regeln, konsequentem Vollzug und glaubwürdigen Grenzen kann langfristig human bleiben. Wer wirklich Schutz braucht, soll ihn erhalten. Wer aber unser Asylrecht missbraucht, straffällig wird, nicht kooperiert oder sich bewusst nicht integrieren will, muss unser Land wieder verlassen – und zwar «ohne Wenn und Aber»!

Die Schweiz hat das Recht und die verdammt Pflicht, ihre Ordnung, ihre Sicherheit und ihren sozialen Zusammenhalt zu schützen. Ein funktionierendes Asylwesen darf nicht auf Naivität beruhen, sondern auf klaren Regeln, Konsequenz und dem Willen, diese Regeln auch durchzusetzen.

Andreas Glarner